

Keine Zwangsbeglückung bei gebundenen Ganztagsschulen

Bundestagswahl CDU-Kandidatin Annette Widmann-Mauz lud Susanne Eisenmann nach Entringen ein. Die Kultusministerin sieht in der Schule viel Handlungsbedarf. *Von Manfred Hantke*

Die Gemeinschaftsschule hat ihren festen Platz in der Schullandschaft, bekräftigte Kultusministerin Susanne Eisenmann am Dienstagabend in der Entringer Zehntscheuer. 305 werden landesweit am kommenden Montag an den Start gehen. Viele Eltern wählten diese Schulform, weil das pädagogische Konzept für deren Kinder das richtige sei, so die Ministerin.

Das hörten viele gern aus dem etwa 90-köpfigen Publikum (darunter auch Alt-Bürgermeister Hugo Dieter und einige Lehrer), das der Einladung von CDU-Bundestagskandidatin Annette Widmann-Mauz zum Bildungsinformationsabend mit der Kultusministerin gefolgt war. Wird doch derzeit in Entringen eine 30 Millionen Euro teure Gemeinschaftsschule hochgezogen.

Aber es freute nicht jeden. Einer forderte die Abschaffung der Gemeinschaftsschule. „Das wäre ein Fehler“, so Eisenmann. Alle Schularten hätten die gleiche Bedeutung. Sie wolle die gesamte Bandbreite abdecken und den Eltern Wahlfreiheit lassen. Statt die Diskussion der letzten Jahre fortzuführen, will die 52-jährige frühere Stuttgarter Schulbürgermeisterin „Ruhe und Verlässlichkeit“ ins Schulsystem hineinbringen: „Alle sollen ihre Basis haben.“ Ob nachjustiert werden müsse, werde man sehen, vom Schuljahr 2019/20 will sie in der gymnasialen Oberstufe „zu Leistungs- und Grundkursen zurückkehren“.

2 plus 2 ist immer noch 4

Ein „Qualitätsproblem“ hat Eisenmann in den Schularten ausgemacht. Schuldzuweisungen wolle sie nicht vornehmen, die Entwicklung gehe schon über einen längeren Zeitraum. „Handlungsbedarf“ sah sie reichlich. So werden 2019 zwei Institute gegründet, um die Bildungs-Qualität in allen Bereichen zu heben – ein Institut für Bildungsanalysen und Qualitätsentwicklung sowie ein Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung.

Ergebnisse brauchten aber Zeit, so Eisenmann. Dennoch hat sie den einen und anderen Hebel bereits angesetzt. Die „Frau mit Grundsätzen, Humor, Charme und Durchsetzungsstärke“, wie Widmann-Mauz die Ministerin bei der Vorstellung charakterisierte, will die Kernkompetenzen Lesen, Schrei-



Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) will bei der Unterrichtsversorgung noch nacharbeiten.

Bild: Metz

ben und Rechnen stärken. Da seien die baden-württembergischen Kinder „weit unter dem Bundesdurchschnitt“ – auf der Ebene mit Bremen und Berlin. Eisenmann: „Das ist nicht dort, wo Baden-Württemberg sich wiederfinden möchte.“

Daher hatte sie schon bald nach ihrer Amtsübernahme das „Erlernen nach Gehör“ abgeschafft. Das sei konzeptionell und methodisch falsch. In der Mathematik sei 2 plus 2 immer noch 4, „die Rechtschreibung wird wieder korrigiert“, in Deutsch und Mathematik gebe es schon jetzt zusätzliche Stunden, sagte sie und erhielt dafür Applaus vom Publikum.

„Handlungsbedarf“ sah die Kultusministerin auch bei der Grundschulempfehlung. Die Durchlässigkeit sei zwar „ein ganz zentrales wichtiges Element im Schulsystem“, im Land bestehe jedoch kein Kontakt zwischen Grundschullehrern und Lehrern weiterführender Schulen bei der „Übergabe“ eines Kindes. Nicht jedes Kind sei zwingend auf dem Gymnasium am besten aufgehoben, so Eisenmann. Daher müssen die Eltern vom Schuljahr 2018/19 an die Grundschulempfehlung bei der weiterführenden Schule vorlegen.

Bereits im kommenden Schuljahr soll es einen Tag der beruflichen Orientierung an Gymnasien

(„ganz wichtig“) geben, um die Möglichkeiten der dualen Ausbildung aufzuzeigen, sagte Eisenmann, die derzeit Präsidentin der Kultusministerkonferenz ist und die berufliche Bildung zum Schwerpunktthema gemacht hat.

Das berufliche Profil will sie auch an den Haupt- und Werkrealschulen stärken. Sie stehen „am meisten auf der Kippe“. Über die

„Die Welt kann man nicht in 140 Zeichen erklären.“

Susanne Eisenmann, Kultusministerin

Hälfte seien in den letzten Jahren verloren gegangen, hauptsächlich im ländlichen Bereich. Dort, wo es keine Anmeldungen mehr gibt, „kann ich sie nicht offenhalten“, so die Ministerin.

Die Realschulen („hoch geschätzt“) bleiben eine „zentrale Säule des Schulsystems“, legte sich Eisenmann fest. Denn sie leisteten „hervorragende Arbeit“, seien aber „über viele Jahre hinweg vergessen worden“. Dort will sie „differenzierten Unterricht“ machen lassen und die „Richtung Vermittlung in den Arbeitsmarkt“ einschlagen.

„Gebundene Ganztagschulen“ will Eisenmann dort zulassen, wo

sie beantragt werden, eine „Zwangsbeglückung“ lehne sie ab. Das „große Thema“ Digitalisierung geht sie mit der Einführung des Informatik-Unterrichts an den Gymnasien an. Im nächsten Jahr soll es das Fach auch an anderen Schulen geben. Aber „Programmieren in der Grundschule? „Geht’s noch?“, frug sie rhetorisch. „Medienbildung“ hingegen „ist selbstverständlich“. Denn „die Welt kann man nicht in 140 Zeichen erklären.“

Zwar ist laut Eisenmann „der beste Unterricht, derjenige, der stattfindet“, mit Schuljahresbeginn aber sei er „auf Kante genäht“. Die Schülerzahlen hätten sich anders entwickelt als gedacht. Warum, „das kann ich Ihnen nicht erklären“, gab sie zu. Bis 2020/21 gebe es zudem eine „unheimliche Bugwelle an Pensionierungen“, über 60 Prozent der Lehrer gingen in den Ruhestand.

Probleme mit Stellenbesetzungen gebe es im ländlichen Raum und im Grundschulbereich, „dringend gebraucht“ würden auch Sonderpädagogen. Nein, mit der Unterrichtsversorgung sei sie nicht zufrieden. „Wir starten relativ gut“, wenn aber im Herbst die Krankheitswelle kommt, könne es Probleme geben. Eisenmann: „Da müssen wir noch nacharbeiten. Wir tun es.“